

## Haushaltsrede 2021

Jürgen Schmidt, Fraktionsvorsitzender der SPD im Rat der Gemeinde Kürten

03. März 2021

**Herr Bürgermeister, Frauen und Männer im Rat, der Verwaltung und im Publikum,**

Stellen sie sich vor, die Haushaltsaufsicht im Kreis wäre der Lehrer, der den Leistungstest Haushalt 2021 bis 2024 der Gemeinde Kürten zu beurteilen hat. Wie würde dieser Test beurteilt?

**Nun** – ungenügend, am Thema vorbei und die wesentlichen Probleme nicht erkannt! **Die SPD-Fraktion sieht dies genauso!**

Der gesamte Haushalt der nächsten Jahre ignoriert wieder eine angemessene Risikobeurteilung, wie auch die Jahre zuvor. Im vorigen Jahr habe ich für die SPD-Fraktion darauf hingewiesen, was machen wir, wenn bei 55 Mio€ Gesamtschulsanierung minus 9 Mio€ Eigenmittel, die 12 Mio€ Fördergelder nicht genehmigt werden und wir statt 35 Mio€ fast 50 Mio€ finanzieren müssen? Und – was machen wir bei einer Krisensituation?

Die SPD-Fraktion, und auch ich, können nicht hellsehen! Zum Jahreswechsel 2019 / 2020 stand fest, **keine** Fördergelder, und im Februar vorigen Jahres rollte die Pandemiekrise unabwendbar über uns! Wir hatten eine Neuverschuldung für die Sanierung von 35 Mio€ bei 40 Jahren Abtragung und in der Folge, einer Grundsteuererhöhung von zirka 20% zugestimmt.

An unserer Haltung zu diesen Eckpunkten hat sich nichts geändert. Wir halten trotz aller möglichen Risiken eine 40 Mio€ Neuverschuldung bei zirka 20% Steuererhöhung für eine hohe Belastung über etwas mehr als eine Generation - **aber** für machbar!

Seit einem Jahr stellen wir Anträge und zeigen Ideen auf, bei diesen Eckpunkten zu bleiben. Alles abgelehnt oder ignoriert, **von ihnen**, Frauen und Männer im Rat, insbesondere im Sonderausschuss und auch in der Verwaltung. So auch ein Planungsstopp als Denkpause im Sommer 2020 vor der Kommunalwahl, abgelehnt und mit begleitender Falschbehauptung und Unterstellung, die SPD-Fraktion wolle keine Sanierung. Wir haben den Wählerinnen und Wählern die Wahrheit mit den Folgen gesagt und nichts Verschwiegen!

**Es gibt 2 Möglichkeiten dafür:** Unwissenheit oder Angst die Wahrheit den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen. Die SPD-Fraktion ist sich sicher, dass wir nicht schlauer sind als sie, die Frauen und Männer der anderen Fraktionen und in der Verwaltung.

Also bleibt die Angst, die Wahrheit zu sagen, wie vor der Kommunalwahl und die nächsten Jahre bis zum Ende der Sanierung. Das ist dann eine **Haltung**, die über ihr Verhalten in **Fahrlässigkeit** mündet und zur **Verantwortungslosigkeit** wird.

Dank der von uns geforderten und gesonderten Sanierungsdarstellung im Haushalt über 10 Jahre in den Seiten 67 bis 71 wird erkennbar:

- 63,5 Mio€ Sanierungskosten, Wunschdenken eines Decklungsbeschluss bei 60,5 Mio€ **ohne Risikozuschläge**
- Schuldendauer ca. 60 Jahre für etwa zwei Generationen
- Nutzungsdauer 80 Jahre verteilt auf zweieinhalb Generationen

- Wenn in 40 Jahren erneut saniert werden muss, wird wohl möglich die Hälfte von 60 Mio€ gegen die Ausgleichrücklage abgeschrieben?
- Und mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es bei 60 Mio€ nicht bleiben
- Grundsteuer-Erhöpfungshoffnung bei 20 %
- Kein Geld über Generationen für Grundschulen, Feuerwehr, Straßen, Splash Bad usw.
- **Ergebnis:** Die heutigen Abiturklassen in Rente und deren Kinder zahlen die Sanierung noch ab. Unverantwortlich und eine Zumutung für die Bürgerinnen und Bürger Kürtens.

Die Wahrheit wird das von der SPD-Fraktion beantragte und von der Verwaltung in ihrer Unsicherheit goutierte **Gutachten im Sommer** zeigen:

- Für Sanierungskosten werden mehr als 70 Mio€ anzusetzen sein und ...
- Für unerwartete Ereignisse während der Bauphase gibt es keine Finanzierungsreserven und ...
- Die Nutzungsdauer und Haltbarkeit des weitaus größten Teils der Sanierung beträgt maximal 40 Jahre, wie Fenster, Heizung, Flachdächer, Sanitäreanlagen, Böden, Decken, Wände usw.
- Denn: Nur ein kleiner Teil besteht aus Beton und Steinen.
- **Ergebnis dann daraus:** Schuldendauer bei maximal 40 Jahren für etwas mehr als eine Generation führt zu einer Grundsteuer-Erhöpfung von 40-50% spätestens ab Fertigstellung etwa 2026 / 2027.

Das ist dann die Wahrheit für Sie, **Frauen und Männer im Rat.**

Die SPD-Fraktion fordert:

1. Ausweichbau schnellstmöglich fertigstellen und lange schulische Nutzung
2. Konzentration auf die Schulgebäude bis max. 40 Mio€ Kosten incl. Risikozuschlag und Preisteuerung
3. Die Sanierung der Mehrzweckhalle in einem separaten Projekt zurückstellen
4. Fördermittel beschaffen durch den von der SPD und FW beantragten Fördergeld-Manager

Der Stopp des Ausweichbaus durch die Jamaika-Kooperation vorhin hier im Rat ist und war der Ursprung für all die Sanierungspläne und die Erweiterung durch mehr und kleinere Klassenräume zur Unterrichtsdifferenzierung.

Die Unvernunft ist schwer überbietbar!

Wie Sie hier beginnen durchzuregieren, Bedenken beiseite zu schieben, die Allmacht des Sonderausschusses gegen unseren Antrag, der Begrenzung der Zuständigkeit und wichtige Entscheide zurück in den Rat zu geben, weiter durch zu setzen, wird die Bürgerinnen und Bürger **teuer**, im wahrsten Sinne des Wortes **teuer** zu stehen kommen. Aber - die Zeit arbeitet für die Argumente der SPD-Fraktion **und gegen Sie!**

Kommen wir nun zur allgemeinen Beurteilung des Haushaltes 2021 und den folgenden Jahren, ohne uns in Details zu verlieren und uns auf das Wesentliche zu beschränken.

Die SPD-Fraktion ist ja schon gewohnt, dass nahezu alle Anträge von ihr mit der fadenscheinigen Begründung „zu teuer und kann sich die Gemeinde nicht leisten, wir brauchen alles Geld für die Gesamtschulsanierung“ abgelehnt werden.

So wird von allen Fraktionen abgelehnt, die Splash-Bad-Betreiber so zu unterstützen, dass flankierende Maßnahmen wie eine Bürgschaft von der Gemeinde, ein Darlehn mit weitreichenden Nebenbedingungen und Offenlegungsverpflichtungen sowie Mitentscheidungsmöglichkeiten verhandelt werden könnten. All dies hat die SPD-Fraktion mit der Bad-Geschäftsführung diskutiert mit der Idee den Kürtner, den Vereinen

und insbesondere den Kindern und Jugendlichen die Schwimmern-Möglichkeit zu erhalten. Aber **keiner** von Ihnen kann über den Schatten aus der Vergangenheit springen und das ist sehr traurig. Lieber opfern Sie das Splash und leben wohl möglich zukünftig mit einer Gebäuderuine.

Andere Anträge mit wenigen Tausend-Euro Kosten, meist für soziale und gesellschaftliche Verbesserungen, wurden abgelehnt. Auch werden die freiwilligen Ausgaben zur Ader gebeten werden und dies ist ein Akt sozialer Kälte und Kürten wird ein Stück weniger lebenswert.

Gleichzeitig sehen Sie keine Veranlassung, die von uns beantragte Zuständigkeit von Grundlagen-Entscheiden für die Gesamtschulsanierung aus dem Sonderausschuss in den Rat zurück zu holen, damit jeder von Ihnen, **Frauen und Männer im Rat**, die Verantwortung für diese Entscheide zu übernehmen hat.

Alle Zahlen für 2021 und die Folgejahre haben die Orientierungsdaten von Bund und Land vom Oktober 2020 zur Grundlage. Ausgehend davon, dass diese Orientierungsdaten zur Erarbeitung ein bis zwei Monate Vorlauf bedurften, stammen diese aus Informationen August bzw. Anfang September 2020, also vor den weiteren Lockdown-Folgen der zweiten Pandemie-Welle!

Die SPD-Fraktion hält die Planung der Steuereinnahmen für die Gewerbesteuer aber auch für die Zuwendung aus der Einkommensteuer für zu optimistisch, obwohl die deutsche Wirtschaft und hoffentlich auch die Körtener Unternehmen und Gewerbetreibende besser durch die Krise gekommen sind als andere europäische Länder.

Seit mehreren Jahren fordert die SPD-Fraktion den Kämmerer auf, mit den größten Körtener Steuerzahlern Gespräche über deren wirtschaftliche Situation zu führen, um so die lokale Situation in den Haushalt planerisch aufzunehmen und nebenbei das Interesse an den Unternehmen zu zeigen.

Das Gewerbegebiet Spitze hält die Jamaika-Kooperation für unrealisierbar und z.B. haben zwei große Sanitärbetriebe erst kürzlich Körtten verlassen. Und wie viele Betriebe werden Körtten noch verlassen?

Trotzdem werden die Gewerbesteuer-Einnahmen ab 2022 wie vor den Pandemiezeiten geplant. Für 2020 wurden 1,2 Mio€ Gewerbesteuerausgleich von Bund und Land überwiesen und was ist 2021? Und in den Folgejahren?

Die größte Steuereinnahme ist der Anteil an der Einkommensteuer mit 11,6 Mio€ 2019 und bis zu 13,8 Mio€ im Plan 2024. Für 2021 und 2022 sind die Einnahmen 11,8 resp. 12,2 Mio€ und somit nur gering ggü. 2019 erhöht worden. Eigentlich waren in der Haushaltsplanung des Vorjahres im Herbst 2019 für die Jahre 2021 bis 2023 jeweils pro Jahr etwa 0,8 bis 1,1 Mio€ mehr Einnahmen geplant.

Aufgrund der ersten Pandemiewelle wird nun nichts daraus und diese damaligen Erhöhungen werden jetzt als außerordentliche Erträge trotzdem zur Verlustreduzierung im Haushalt eingerechnet. Diese rund eine Million Euro pro Jahr werden wir nicht zugeteilt bekommen, noch fließt dafür Geld in das Gemeindefiskus. Mit deutlichen Worten: Eine Luftnummer ohne jede Substanz!

Und - ein Taschenspielertrick mit dem Ergebnis, dass eintretende Steuermindereinnahmen sowohl aus der ersten als auch der zweiten Pandemiewelle im Haushalt **nicht** enthalten sind mit der Folge, die Verluste werden um eine Million Euro höher pro Jahr. Die Verluste die planerisch eintreten können, müssen auch als solche ausgewiesen werden.

Ich nenne eine solche Richtlinien-Anweisung an die Kommunen durch die Landesregierung – ein Systemversagen! Für mich, eine typische Haltung des Verschleierns und Aussitzens von CDU geführten Landesregierungen.

**Fazit:**

Der Haushalt der Gemeinde der nächsten Jahre hat tatsächlich, wie vorher ausgeführt, ein Strukturdefizit von 0,7 Mio€ und das dann noch ohne die Auswirkungen aus der zweiten Pandemiewelle. Die seit heute bekannt gewordenen voraussichtlichen Erhöhungen der Kreisumlage um 0,5 % für 2023 und 2024 sind dabei schon berücksichtigt.

Dieses eigentliche Defizit kann ehrlicherweise nur mit einer Grundsteuererhöhung von 10% ausgeglichen werden und müsste vom Kämmerer so dem Rat vorgelegt werden. Für die SPD-Fraktion ist klar, keine Steuererhöhungen während der Pandemie für die Bürgerinnen und Bürger Kürtens und die Verluste gegen die Ausgleichsrücklage buchen. Dies kann aber nicht heißen, die Verluste auch weiterhin, also dauerhaft, mit der Ausgleichsrücklage auszugleichen. Diese Luftbuchungen fallen uns durch deren Abschreibung in den nächsten Jahren sowieso auf die Füße, dann kann ich dies auch zur besseren Transparenz jetzt als Verlust ausweisen. Uns allen muss ebenso klar sein, entweder gibt es vom Land und Bund höhere Unterstützung an die Kommunen oder die Bürgerinnen und Bürger müssen am Schluss über Steuererhöhungen mal wieder die Zeche zahlen!

Nehmen wir die schon erwähnte Gesamtschulsanierung incl. Mehrzweckhalle mit 60,5 Mio€ ohne eine Lastenverteilung auf zweieinhalb Generationen zum Strukturdefizit ab 2027 hinzu, dann müsste die Grundsteuer um weitere 40% und somit gegenüber heute um insgesamt 50% erhöht werden.

Ich zahle jetzt 608€ und dürfte dann 300€ mehr und somit 900€ pro Jahr zahlen. Ich kann mir das leisten, aber ich bin nicht der Maßstab, denn auch die Mieterinnen und Mieter einer Wohnung ob jung oder in Rente zahlen die Erhöhung über ihre Nebenkosten.

#### **Neue Risiken in der Zukunft sind dabei noch vollkommen unberücksichtigt.**

Aber auch die Kosten und zukünftigen, uns sehr wichtigen Klimaschutz-Projekte sind noch nicht enthalten. Wie die bisherigen Wohngroßflächenplaner und seit kurzem in Neu-Klimaschützer gewandelten zwei Fraktionen aus der Jamaika-Kooperation, die CDU und FDP, diese Projekte, z.B. die neuen auch von der SPD-Kürten unterstützten Radwege, dann noch finanzieren wollen, wüsste die SPD-Fraktion gerne einmal. Wir lernen gerne dazu.

#### **Frauen und Männer im Rat,**

Sie können der SPD-Fraktion vorhalten, dies seien düstere und pessimistische Sichtweisen in die Zukunft! Nein – ein weiter so und et es noch immer joot jejeange und die Hoffnung auf bessere Zeiten ist keine Begründung zur Verantwortungs-Entlastung der Ratsmitglieder den Bürgerinnen und Bürgern jetzt und zwar jetzt die Wahrheit zu sagen.

#### **Frauen und Männer im Rat,**

als Fazit all des vorher Gesagten zum Haushaltsentwurf: Es bleibt bei der Note ungenügend!

Noch bleibt der SPD-Fraktion die Hoffnung, dass die Haushaltsaufsicht im Kreis zum gleichen Urteil kommt. Falls nicht, stellt sich die Frage, wozu sie da ist und als Folge die Frage eines weiteren Systemversagens?

#### **Herr Bürgermeister,**

aufgrund der vorgebrachten Bedenken und insbesondere der fatalen unumkehrbaren Auswirkungen auf die nächsten Generationen durch die jetzigen Planungen der Sanierungen von 60,5 Mio€ und der daraus folgenden Neuverschuldung von 55 Mio€ oder mehr über Jahrzehnte, wird die SPD-Fraktion den Haushalt 2021 bis 2024 ablehnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!